



Wichtigste Ergebnisse und Empfehlungen des Entwicklungsausschusses (DAC)

**Auszug aus: DAC-Prüfbericht über die Entwicklungszusammenarbeit:
Deutschland 2021 (Kurzfassung)**

Deutschland 2021

Wichtigste Ergebnisse und Empfehlungen des Entwicklungsausschusses (DAC)

Deutschlands Konzept für die Entwicklungszusammenarbeit ist auf Nachhaltigkeit ausgerichtet

Deutschland vertritt die Auffassung, dass eine gerechte und nachhaltige Globalisierung im Rahmen einer regelbasierten multilateralen Ordnung entscheidend für Frieden, Freiheit und Sicherheit weltweit ist

Deutschland genießt als globale Kraft Vertrauen und wird für seine starke Wirtschaft und stabile Führung bewundert. Es erkennt die universelle Gültigkeit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und des Pariser Klimaabkommens an und hält diese Instrumente für entscheidend für das Wohlergehen der Menschen in Deutschland und in aller Welt. Deutschland strebt nach Frieden, Freiheit und Sicherheit in der Welt und ist bereit, Verantwortung zu übernehmen und mit gutem Beispiel voranzugehen, wie es das mit der Aufnahme zahlreicher Flüchtlinge ab 2015 getan hat. Zur Förderung einer gerechten und nachhaltigen Globalisierung sensibilisiert die Initiative Grüner Knopf für die Notwendigkeit nachhaltiger globaler Wertschöpfungsketten, um so Veränderungen des Konsumverhaltens anzustoßen. Der Grüne Knopf kann auch in anderen Ländern Europas genutzt werden.

Deutschland hat seine politischen Prioritäten in vier gut mit Mitteln ausgestatteten Sonderinitiativen „EINEWELT ohne Hunger“, „Fluchtursachen bekämpfen – Flüchtlinge (re)integrieren“, „Stabilisierung und Entwicklung in Nordafrika-Nahost“ sowie „Ausbildung und Beschäftigung“ verankert. 2017, während seiner G20-Präsidentschaft, lancierte Deutschland die Initiative „Compact with Africa“, um Investitionen des privaten Sektors in Afrika zu fördern. Zwölf Länder haben sich dieser Initiative seitdem angeschlossen. 2018 startete das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) seinen Marshallplan mit Afrika. Kennzeichnend für diese Initiative sind der Fokus auf die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie das Mittel der Reformpartnerschaften. Heute zielen Reformpartnerschaften mit sechs afrikanischen Ländern auf eine gemeinsame, nachhaltige wirtschaftliche Zusammenarbeit ab. Dabei wird eine Abkehr vom Konzept der Geber- und Nehmerländer angestrebt.

Deutschland ist auch weiterhin ein echter Verfechter des Friedens mit einer klaren Vision, klar artikulierten Politikmaßnahmen und einem umfassenden Konzept, um Länder in Krisensituationen auf ihrem Weg zu Erholung und Resilienz zu unterstützen. Hierfür kann Deutschland auf seine proaktiven Kriseninstrumente mit globaler Reichweite zurückgreifen. Deutschland nutzt seinen internationalen Einfluss und macht sich für Politikdiskussionen zum Nexus humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung stark, um mehr Komplementarität und Kohärenz in Krisensituationen zu ermöglichen.

Die Entwicklungszusammenarbeit ist fest in Deutschlands politischen und strategischen Prioritäten verankert und stützt sich auf Ressourcen, eine starke Führung, ein eigenes Fachministerium (BMZ) und die Mitwirkung aller anderen Bundesministerien, der 16 Bundesländer und der Gemeinden. Mit der KfW Entwicklungsbank (KfW) und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH verfügt das BMZ über starke und vielfältige Durchführungsorganisationen mit umfassender technischer und geografischer Expertise. Deutschland setzt sich für die Wahrung der regelbasierten multilateralen Ordnung ein und unternimmt im Rahmen der bestehenden Governance-Mechanismen Anstrengungen, um die Leistung und Effektivität multilateraler Organisationen zu steigern.

Der im Reformkonzept „BMZ 2030“ skizzierte Prozess befindet sich noch in der Anfangsphase. Er sieht eine Konzentration der bisher elf thematischen Schwerpunkte auf fünf Kernthemen unter Berücksichtigung von sechs übergreifenden Qualitätsmerkmalen vor. Das BMZ arbeitet derzeit an der Aktualisierung seiner Strategiepapiere und Leitfäden. Auf Länderebene werden die Aktivitäten mit Blick auf BMZ 2030 bereits in einer geringeren Zahl sektoraler „Blöcke“ gebündelt. Beim neuen integrierten Planungs- und Allokationssystem haben thematische Ansätze Priorität, die eng mit den Regional- und Länderstrategien verzahnt werden. Der umfassende Reformprozess ist begrüßenswert und bietet Deutschland die Gelegenheit, die von ihm angestrebten Ziele zu definieren und zugleich flexibel auf die Bedarfe seiner Partnerländer einzugehen.

Seit 2010 erhöht Deutschland seine öffentlichen Entwicklungsleistungen (Official Development Assistance – ODA). Seit 2016 ist es das zweitgrößte Geberland unter den Mitgliedern des Entwicklungsausschusses (DAC) der OECD. 2020 stieg die deutsche ODA um 13,7 % gegenüber dem Vorjahr auf 28,4 Mrd. USD auf Zuschussäquivalentbasis bzw. 0,73 % des Bruttonationaleinkommens (BNE). Als eines von nur sechs DAC-Ländern übertraf Deutschland damit den internationalen ODA/BNE-Zielwert. Bereits in den ersten Wochen der Pandemie erkannte das BMZ, dass COVID-19 eine Umschichtung der Mittel erforderlich machen würde. Daher strukturierte es seine Programme um, um zusätzliche Nothilfe zu leisten und Vertriebene zu versorgen. Außerdem wurde das Krisenmanagement gestärkt, um die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise in Entwicklungsländern zu bewältigen. Im Juni 2020 kündigte das BMZ zusätzliche ODA-Leistungen in Höhe von 3,1 Mrd. EUR im Rahmen des deutschen Konjunkturpakets an. Damit stiegen die COVID-19-Hilfen Deutschlands auf insgesamt 4,7 Mrd. EUR. Im Februar 2021 kündigte Deutschland zusätzliche Mittel in Höhe von 1,5 Mrd. EUR für weltweite medizinische Hilfe an.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit stützt sich auf eine breite Palette von Instrumenten unter Mitwirkung unterschiedlichster Partner

Deutschland verfügt über die technischen Fähigkeiten und den politischen Willen, eine führende Rolle bei der Finanzierung nachhaltiger Entwicklung zu spielen. Das BMZ – in erster Linie über die KfW Entwicklungsbank und die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) – sowie die deutschen Auslandshandelskammern fördern das Engagement des privaten Sektors in den Partnerländern in beträchtlichem Umfang. Dabei bedienen sie sich vielfältiger Mechanismen und Instrumente. So unterstützt Deutschland beispielsweise den Währungssicherungsfonds The Currency Exchange Fund, an dem zahlreiche Akteure beteiligt sind. Deutschland ist bei der Bereitstellung von Versicherungsprodukten, insbesondere auch zur Absicherung von Klima- und Kreditrisiken, international führend. Die KfW Entwicklungsbank besitzt langjährige Erfahrung mit der Ausgabe grüner Anleihen in Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern; der Wert ihres Portfolios beträgt zurzeit 2 Mrd. EUR. Deutschlands neuer Entwicklungsinvestitionsfonds in Afrika nimmt Form an und zielt darauf ab, die Investitionstätigkeit des privaten Sektors zu stärken und die Außenhandelsförderung zu verbessern.

Deutschland bedient sich eines breiten Spektrums an Instrumenten der Finanziellen und Technischen Zusammenarbeit, macht sich für innovative Ansätze wie Dreieckskooperationen stark, nimmt am Joint

Programming der EU teil, engagiert sich in Städtepartnerschaften und beteiligt sich an Gemeinschaftsfinanzierungen mit anderen Entwicklungspartnern und mit multilateralen Organisationen, um seine Konzepte besser auf die Anforderungen und Bedarfe der Partnerländer abzustimmen. In seinen wichtigsten Einrichtungen der Entwicklungszusammenarbeit (EZ), d. h. BMZ, GIZ und KfW, verfolgt Deutschland ein umfassendes und ehrgeiziges Innovations- und Digitalisierungskonzept. Das BMZ hat eigens hierfür ein neues Referat eingerichtet und eine Digitalisierungsstrategie veröffentlicht; Digitalisierung ist zudem eines der sechs bei allen Maßnahmen durchgängig zu berücksichtigenden Qualitätsmerkmale. GIZ und KfW haben ihre eigenen Strukturen und Projekte eingerichtet, um Innovationen und Digitalisierung durch Blockchain-Technologien, künstliche Intelligenz und maschinelles Lernen weltweit zu fördern, u. a. auch als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit wird von einem breiten Spektrum eigenständiger nichtstaatlicher Akteure unterstützt, darunter vielfältige zivilgesellschaftliche Organisationen (ZGO) wie politische Stiftungen und religiöse Organisationen, Forschungs- und Evaluierungsinstitute sowie philanthropische Akteure und Partner aus dem privaten Sektor. ZGO fördern den Austausch auf lokaler Ebene, unterhalten Netzwerke in den Partnerländern und tragen dazu bei, dass alle mitgenommen werden, indem sie mit marginalisierten Gruppen zusammenarbeiten. Die Investitionen deutscher Unternehmen in Partnerländern leisten einen Beitrag zu Arbeitsplatzschaffung und Beschäftigung, Kompetenzentwicklung und Wachstum. Das weltweit renommierte Deutsche Institut für Entwicklungspolitik unterstützt und beeinflusst staatliche Entscheidungsprozesse. Das Deutsche Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) stellt unabhängige strategische Evaluationen und Erkenntnisse für die Entwicklungszusammenarbeit bereit.

Deutschland kann auf seinen Erfolgen aufbauen

Eine systematische Analyse potenzieller Inkohärenzen im Hinblick auf Ziele nachhaltiger Entwicklung würde Deutschland helfen, Spillover-Effekten inländischer Politikmaßnahmen auf Entwicklungsländer entgegenzuwirken

Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie beruht auf einer starken Vision für Nachhaltigkeit im Inland und weltweit und strebt einen ganzheitlichen Ansatz über alle Politikbereiche hinweg an. Die jüngste Weiterentwicklung der Strategie zeigt noch bestehende Schwachstellen auf und hebt die Notwendigkeit verstärkter Anstrengungen in folgenden Bereichen hervor: menschliches Wohlergehen und Fähigkeiten, soziale Gerechtigkeit; Energiewende und Klimaschutz; Kreislaufwirtschaft; nachhaltiges Bauen und Verkehrswende; nachhaltige Agrar- und Ernährungssysteme; schadstofffreie Umwelt. Im Hinblick auf den Artenschwund, den Ausstieg aus fossilen Energieträgern und die Wende hin zu nachhaltiger Energie- und Kreislaufwirtschaft könnte noch mehr getan werden. Wie in der Länderprüfung 2015 vorgeschlagen, könnte Deutschland die potenziellen Inkohärenzen in Politikbereichen, die Spillover-Effekte auf die Entwicklungsländer haben, regelmäßig analysieren – beispielsweise bezüglich Emissionsminderungsaktivitäten im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie.

Die Umsetzung der Strategie wird durch eine solide institutionelle Architektur unterstützt. Das Bundeskanzleramt hat auf dem Gebiet der Nachhaltigkeit die Führung. Aufsichts-, Beratungs-, Konsultations- und ressortübergreifende Koordinierungsmechanismen sind vorhanden. Im Juni 2019 haben sich die Bundesländer dazu verpflichtet, die Prinzipien der Strategie in ihre eigenen Politikmaßnahmen aufzunehmen. Allerdings ergeben sich aus Deutschlands dezentralisiertem System nach wie vor Herausforderungen. Das Ressortprinzip und die nichthierarchische Beziehung zwischen den Bundesministerien führen zu einer Praxis der Nichteinmischung, die Kooperation und Koordinierung erforderlich macht. Die Ministerien sind zwar offen für Zusammenarbeit, haben jedoch wenig Anreize, um zu untersuchen, wo Konflikte mit den Zielen für eine nachhaltige Entwicklung bestehen, und diese auszuräumen. Dies trifft in besonderem Maße auf Bereiche zu, die sich über verschiedene Politikfelder erstrecken. Die Suche nach einem Konsens ist

zeitaufwendig. Die Architektur ist zwar zweckdienlich für die Umsetzung der Strategie, sie deckt jedoch keine zusätzlichen Bereiche ab, die Spillover-Effekte auf die Entwicklungsländer haben.

Empfehlung

1. Deutschland sollte Maßnahmen ergreifen, damit seine Nachhaltigkeitsstrategie Inkohärenzen zwischen den nationalen und europäischen Maßnahmen und den globalen Zielen für eine nachhaltige Entwicklung – und vor allem Spillover-Effekte auf die Entwicklungsländer – besser verhindert. Dazu sollte es
 - systematische Analysen durchführen, um potenzielle Inkohärenzen in bestehenden und vorgeschlagenen Maßnahmen und Regelungen zu erkennen,
 - Maßnahmen in die Strategie aufnehmen, mit denen negative Effekte auf die Entwicklungsländer abgeschwächt werden können, und Maßnahmen festlegen, die von Bundesministerien und -behörden umzusetzen sind, und
 - die Umsetzung und Prüfung sowie die Berichterstattung über die Ergebnisse dieser Maßnahmen nachverfolgen.

Das BMZ könnte den starken öffentlichen Rückhalt nutzen, um seine ressortübergreifenden Anstrengungen auszuweiten und so eine Vision für eine effektivere deutsche Entwicklungszusammenarbeit zu entwickeln

Die Entwicklungszusammenarbeit, die globale Solidarität und die Unterstützung von Menschen in Entwicklungsländern sind der deutschen Öffentlichkeit ein wichtiges Anliegen. Deutschland verfügt zwar über ein eigenes Ministerium, Ressourcen und ein starkes politisches Engagement für die Entwicklungszusammenarbeit, es fehlt jedoch an einer kohärenten Gesamtvision hierfür, die sich auf kaskadenartig strukturierte Politikmaßnahmen, Strategien und Leitlinien stützen könnte. Jedes Bundesministerium genießt relative Eigenständigkeit. Abgesehen von den Bundesministerien hat auch jede deutsche EZ-Organisation einen eigenen Etat und Auftrag sowie eigene Verpflichtungen, was auch den Politikdialog und Netzwerke in den Partnerländern in Abstimmung mit den deutschen Botschaften umfasst und die Komplexität erhöht. Ein kohärentes und koordiniertes deutsches Konzept zu entwickeln, ist schwierig, aber nicht unmöglich, wie die Afrikapolitischen Leitlinien der Bundesregierung zeigen. Deutschlands Bemühungen, die wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplatzschaffung in Afrika anzukurbeln, sind ein gutes Beispiel dafür, wie Deutschland für Kohärenz sorgt. Das hochrangige politische Engagement für Afrika hat einen umfassenden Ansatz hervorgebracht, der auf Staatssekretärscherebene gesteuert wird und ein breites Spektrum an deutschen Akteuren und Instrumenten einbindet. Hierzu zählen der Marshallplan mit Afrika des BMZ, Deutschlands Reformpartnerschaften mit sechs afrikanischen Ländern und ein neuer Investitionsfonds.

Deutschland räumt der Technischen Zusammenarbeit großen Raum ein, auf sie entfallen 16 % der bilateralen ODA-Zuschüsse. Die Umsetzung erfolgt fast ausschließlich durch die GIZ und ihre über 22 000 Beschäftigten in 120 Länderbüros weltweit. Somit verfügt Deutschland über ein starkes internes Netzwerk lokaler und internationaler Expertise. In einer sich rasch verändernden Entwicklungslandschaft und im Kontext von BMZ 2030 wäre jetzt ein guter Zeitpunkt, um über die längerfristige Vision und Strategie Deutschlands für die Technische Zusammenarbeit in den Ländern nachzudenken, in denen es aktiv ist und die Beziehungen neu gestalten möchte.

Mit der Gemeinsamen Verfahrensreform von 2018-2019 sowie – seit 2020 – mit dem auf die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung abgestimmten Reformkonzept „BMZ 2030“ arbeitet das BMZ an der Verringerung des Bürokratieaufwands und der Steigerung der Effizienz und Effektivität des komplexen

deutschen EZ-Systems. Das neue System der integrierten Planung und Allokation, das jährliche Allokationsgipfel auf Staatssekretärs- und Abteilungsleitungsebene umfasst, soll die Mittelzuweisungen aus unterschiedlichen Haushaltslinien synchronisieren, indem strategische, thematische und regionale Erwägungen sowie Sonderinitiativen, Investitionen zur Bewältigung der Folgen des Klimawandels und alle ODA-Instrumente zusammengeführt werden. BMZ 2030 ist noch nicht abgeschlossen. Deshalb ist es wichtig, die gesamte Umsetzung der Reform in der Zentrale und in den Länderbüros zu beobachten, um zu sehen, wie gut damit Ineffizienzen im deutschen EZ-System, etwa den komplexen und langwierigen Berichts- und Entscheidungsprozessen, begegnet werden kann.

Als früherer Co-Vorsitzender der Globalen Partnerschaft für wirksame Entwicklungszusammenarbeit macht Deutschland sich für effektive Entwicklungsmaßnahmen stark. Es muss jedoch sicherstellen, dass BMZ 2030 bei der Eigenverantwortung der Partnerländer und bei bedarfsorientierten, inklusiven Entwicklungspartnerschaften ansetzt und den Dialog über die Verhandlungen zwischen den Regierungen hinaus auf andere Akteure in den Partnerländern ausweitet. Insgesamt ist die deutsche Entwicklungszusammenarbeit vorhersehbar und transparent. Mit seinen globalen Partnern und seinen bilateralen Partnern in Asien und Lateinamerika verfolgt Deutschland einen progressiven, partnerschaftlich orientierten Ansatz, bei dem neue Ideen erprobt und gemeinsam Kooperationstätigkeiten festgelegt werden, bei denen alle Partner dazulernen können. Während der gesamten COVID-19-Krise hat Deutschland gezeigt, dass es dank seines breiten Spektrums von Kooperationsinstrumenten flexibel reagieren kann. Durch die Aufbereitung von Erkenntnissen und ihre Einbindung in die regulären Arbeitsweisen könnte die Flexibilität, Agilität und Reagibilität der deutschen Entwicklungszusammenarbeit insgesamt weiter gesteigert werden.

Empfehlung

2. Als führende Instanz für die Entwicklungszusammenarbeit in der Bundesregierung und um seine Politik und das Reformkonzept „BMZ 2030“ vollständig umzusetzen, sollte das BMZ
 - eine klare strategische Vision für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit, einschließlich der Technischen Zusammenarbeit, für die gesamte Bundesregierung und die Durchführungsorganisationen entwickeln, und
 - die Gemeinsame Verfahrensreform und BMZ 2030 dazu nutzen, die Effektivität, Flexibilität und Anpassungsfähigkeit an den Bedarf der Partnerländer durch weniger interne Bürokratie zu erhöhen.

Auf allen Ebenen in die Geschlechtergleichstellung zu investieren und darauf zu achten, dass niemand den Anschluss verliert, würde die deutsche Entwicklungszusammenarbeit verbessern

Um das Ziel der Geschlechtergleichstellung in allen Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit zu berücksichtigen, wäre es von Vorteil, wenn sich Deutschland hierfür mit dem gleichen Maß an politischer Führungsstärke, finanziellen Mitteln und technischem Fachwissen einsetzen würde wie für Umwelt und Klima. Das BMZ verfügt über einen ambitionierten Aktionsplan für die Gleichberechtigung der Geschlechter, der die Ziele und konkreten Maßnahmen für die sektoralen Themenfelder und die sektorübergreifenden Handlungsfelder aufzeigt. Deutschland räumt der Förderung der Geschlechtergleichstellung und dem wirtschaftlichen Empowerment von Frauen einen hohen Stellenwert ein, und die KfW und die DEG arbeiten daran, bei ihren Investitionen die Genderperspektive zu berücksichtigen. Deutschlands finanzielle Zusagen für die Geschlechtergleichstellung liegen allerdings nach wie vor unter dem DAC-Durchschnitt. Die Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter gemäß dem BMZ-Aktionsplan erfordert eine systematische Schwerpunktsetzung – von der Gestaltung und der Umsetzung bis hin zum Monitoring und zur Evaluierung der Programme – sowie die Gewährleistung, dass ergebnisbezogene

Informationen und Daten effektiv genutzt werden, um künftige Investitionen zu unterstützen und zu orientieren.

Armutsbekämpfung und Reduzierung der Ungleichheit bilden zusammen eines der sechs Qualitätsmerkmale, die im Reformkonzept „BMZ 2030“ definiert sind und bei der Programmplanung und -prüfung berücksichtigt werden. In der Praxis wird der Fokus auf die Armutsbekämpfung indessen nicht konsequent umgesetzt. In manchen Ländern – z. B. in Ruanda, wo die Armutsminderung trotz hoher Wachstumsraten nicht vorankommt – investiert Deutschland durch berufliche Bildung und Beschäftigung außerhalb des landwirtschaftlichen Sektors in die Kompetenzentwicklung. In anderen Ländern stehen die Armutsbekämpfung und die Reduzierung der Ungleichheit weniger explizit im Fokus, weil andere Bereiche wie die Anpassung an den Klimawandel oder Reformpartnerschaften Priorität haben. Mit Blick auf die Zukunft sollte Deutschland u. U. untersuchen, wie alle seine Instrumente, einschließlich der Technischen Zusammenarbeit, optimal eingesetzt werden können, um die entscheidende Herausforderung – niemanden zurückzulassen – zu bewältigen. Zudem könnte es zweckmäßig sein aufzuzeigen, wie alle seine Investitionen, von der Planung bis zu den Ergebnissen, einen Beitrag dazu leisten. Im Rahmen des Reformkonzepts „BMZ 2030“ werden neue Strategien für Qualitätsmerkmale wie Armutsbekämpfung und Reduzierung der Ungleichheit sowie Einhaltung der Menschenrechte formuliert. Dies ist eine Chance für das BMZ darzulegen, wie es diese Merkmale bei seinen Investitionen anzuwenden gedenkt und wie es beobachten will, inwieweit es diesem Anspruch gerecht wird.

Zudem ist das Volumen der bilateralen ODA für die am wenigsten entwickelten Länder (LDC) seit 2015 zwar gestiegen, aber nicht im gleichen Maße wie das Gesamtvolumen der bilateralen ODA. Deutschland stellte 2019 über bilaterale und multilaterale Kanäle 0,11 % des BNE als ODA für die LDC bereit, womit es hinter seiner internationalen Verpflichtung (0,15 %) zurückblieb. Es besteht das Risiko, dass die Beiträge sinken. Unter den zwanzig Hauptempfängern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit finden sich nur zwei LDC, und die Umsetzung von BMZ 2030 hat zur Folge, dass sich die Zahl der LDC auf der Liste der bilateralen Partnerländer um acht verringert. Deutschland wird seine Anstrengungen verstärken müssen, um das aktuelle Ausgabenniveau für die LDC beizubehalten.

Empfehlungen

3. Damit die deutsche Entwicklungszusammenarbeit ihren ambitionierten Gender-Aktionsplan umsetzen kann, sollten das BMZ und seine Partner mehr in die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Stärkung von Frauenrechten investieren, die personellen Ressourcen im Bereich der Geschlechtergleichstellung vergrößern und die Personalkapazitäten weiter ausbauen.
4. Deutschland sollte weitere Leitlinien erarbeiten und genauer beobachten, inwieweit seine Investitionen zur Reduzierung von Armut und Ungleichheit beitragen.

Die Verankerung einer Ergebniskultur und mehr Investitionen in strategische Evaluierungen würden es Deutschland gestatten, seine Entwicklungszusammenarbeit kontinuierlich zu verbessern

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit ist auf die Umsetzung der Agenda 2030 und der Ziele für nachhaltige Entwicklung ausgerichtet und auf die Prioritäten der Partnerländer abgestimmt. Die Anwendung einer Wirkungsmatrix und Wirkungslogik ermöglicht eine bessere Gestaltung von Projekten und Programmen, verknüpft die „Outcomes“, d. h. die Entwicklungseffekte der Projekte, mit den „Impacts“ bzw. Wirkungen der Portfolios und erleichtert die Anpassung an sich verändernde Bedingungen während der Durchführung. Verbesserungen des integrierten Datenmanagementsystems und ein umfassenderer Kata-

log an quantitativen und qualitativen Indikatoren sorgen für eine bessere Kommunikation und Rechenschaftslegung. Deutschlands übergeordnete Entwicklungsziele für Länderprogramme und thematische, regionale und globale Programme sind jedoch nicht durchgängig so formuliert, dass ihre Verwirklichung gemessen und evaluiert werden kann. Das BMZ könnte es in Erwägung ziehen, Personal mit Fachkenntnissen in ergebnisorientiertem Management einzustellen, um mit der Verankerung einer Ergebniskultur zu beginnen, seine Beschäftigten in diesem Bereich zu unterstützen und so die systematische Umsetzung dieses Konzepts in der gesamten deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu gewährleisten.

Empfehlung

5. Das BMZ sollte seine Ergebniskultur vertiefen und ergebnisorientiertes Management in der gesamten deutschen Entwicklungszusammenarbeit – und insbesondere in Länderprogrammen sowie in thematischen, regionalen und globalen Programmen – systematisch umsetzen.

Die Evaluierungskapazität des DEval, der GIZ und der KfW ist stark, unabhängig und anerkannt. Das BMZ und das DEval haben ihren Beitrag zur Evaluierung innerhalb der internationalen Gemeinschaft verstärkt, und das BMZ, das DEval und die GIZ investieren weiter in die Stärkung der Evaluierungskapazität in den Partnerländern. Die GIZ und die KfW könnten ihren Ansatz jedoch verbessern, indem sie institutionelle Evaluierungskapazität aufbauen und die Beteiligung lokaler Akteure, u. a. durch den Einsatz partizipativer Evaluierungsmethoden, in ihren Partnerländern erleichtern. Das DEval führt strategische Evaluierungen von Maßnahmen, Zielen und Instrumenten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit durch, während die GIZ und die KfW erhebliche Ressourcen für die Evaluierung, in erster Linie von Projekten und Portfolios, bereitstellen. Das BMZ könnte überlegen, wie es die Ressourcen für die Evaluierung im deutschen System am besten verteilen kann: Es könnte beispielsweise erwägen, mehr in die systematische Evaluierung von Sonderinitiativen, Länderprogrammen sowie regionalen und globalen Programmen zu investieren. Das Gleiche gilt auch für die Frage, inwieweit thematische und sektorale Ansätze bei allen Akteuren der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mehr bewirken als die Summe ihrer einzelnen Bestandteile.

Verbesserungen der Informationsmanagement-, Daten- und IT-Systeme werden zum Wissensmanagement im deutschen System beitragen. Es gibt Netzwerke für das Management von sektorbezogenen und thematischen Kenntnissen und Lernprozessen; ergebnisbezogene Informationen, Evaluierungsergebnisse und gewonnene Erkenntnisse werden jedoch noch nicht systematisch verbreitet. Dies begrenzt die Möglichkeiten der einzelnen Akteure sowie des gesamten deutschen EZ-Systems, kontinuierliche Verbesserungen zu erzielen.

Empfehlung

6. Deutschland sollte weiter in den Aufbau von Evaluierungskapazitäten in seinen Partnerländern investieren und mehr für das Lernen aus Evaluierungen von Sonderinitiativen und von seinen Gesamtinvestitionen auf Länder-, Regional- und Programmebene aufwenden.

Die derzeitigen Bemühungen um Komplementarität würden von einer besseren Abgrenzung zwischen kurzfristigem und langfristigem Krisenengagement profitieren

Der Großteil des deutschen Engagements in Krisenkontexten wird von zwei separaten Bundesministerien verwaltet, die jeweils mit unterschiedlichen Mitteln und Instrumenten ausgestattet sind. Dies kann für Deutschlands Partner, die in anhaltenden Krisensituationen sowie in den Bereichen humanitäre Hilfe, Entwicklung und Friedensförderung tätig sind, eine zusätzliche Belastung darstellen. Die Unabhängigkeit

der beiden Ministerien ist nicht zwangsläufig ein Hindernis für ein kohärentes Engagement in Krisenkontexten, und die Anstrengungen zur Erstellung gemeinsamer Analysen und abgestimmter Planungen zwischen BMZ und Auswärtigem Amt verdienen Lob. Wenn der Leitfaden von 2012, der die Aufgaben des Auswärtigen Amtes und des BMZ in fragilen Kontexten erläutert, im Licht der jüngsten politischen Entwicklungen überarbeitet würde, so würde dies der Bundesrepublik und ihren multilateralen und zivilgesellschaftlichen Partnern nicht nur helfen, Überschneidungen zu vermeiden, sondern auch aktiv die Komplementarität der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in fragilen Kontexten fördern und dabei zugleich die Unabhängigkeit der einzelnen Ministerien wahren.

Viele der langjährigen Partnerländer Deutschlands, die in der Kategorie „bilaterale Partner“ aufgelistet sind, gelten als fragil – manche von ihnen sogar als äußerst fragil. In diesen Ländern und Kontexten ist sowohl das BMZ mit seiner Übergangshilfe als auch das Auswärtige Amt mit seiner humanitären Hilfe aktiv. Da Konfliktsensibilität eines der sechs Qualitätsmerkmale des BMZ ist – und angesichts der verstärkten Fokussierung Deutschlands auf Konfliktprävention und Friedensförderung – ist es wichtig, deutlich zu machen, dass Konfliktsensibilität bzw. ein Nexus-Ansatz in der Programmierung und Finanzierung auch über die zehn Nexus- und Friedenspartner auf der BMZ-Länderliste hinaus von Bedeutung sind.

Empfehlung

7. Auf ihren jeweiligen Aufgaben und ihrer verstärkten Kohärenz und Koordinierung beim Engagement in fragilen und Krisenkontexten aufbauend, sollten das BMZ und das Auswärtige Amt gemeinsam
 - die Umsetzung von entwicklungspolitischen und humanitären Zielen durch die Nutzung von Synergien im Nexus humanitäre Hilfe, Entwicklung und Friedensförderung verbessern, u. a. indem sie die Anwendung des Konzepts zur besseren gemeinsamen Analyse und abgestimmten Planung (GAAP) weiter voranbringen, und
 - Personal und Partnern gegenüber deutlich machen, dass Konfliktsensibilität und ein Nexus-Ansatz in der Programmgestaltung auch über die zehn Nexus- und Friedenspartner auf der BMZ-Länderliste hinaus für das gesamte deutsche Portfolio entscheidend sind.

Die Ortskräfte werden von Deutschland und seinen Partnern zwar hoch geschätzt und bezeichnen sich als sehr zufrieden mit ihrer Arbeitssituation, sie könnten jedoch stärker einbezogen werden

Die von den deutschen EZ-Einrichtungen in den Partnerländern beschäftigten Ortskräfte zeigen sich mit ihrer Arbeitssituation sehr zufrieden, fühlen sich wertgeschätzt und sind motiviert, einen Beitrag zu den Zielen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in ihren Ländern zu leisten. Die Verwendung der deutschen Sprache beschränkt jedoch ihre Möglichkeiten, bestimmte Unterlagen, Weiterbildungsangebote und Kommunikationskanäle zu nutzen. Wenn in nicht amtlichen Unterlagen soweit wie möglich statt des Deutschen die Verkehrssprachen der Partnerländer verwendet würden, könnte Deutschland das Wissen der Ortskräfte besser nutzen und es ihnen ermöglichen, einen größeren Beitrag zu leisten. Dadurch würde die deutsche Entwicklungszusammenarbeit effektiver, inklusiver und partizipativer.

Empfehlung

8. Deutschland sollte für nicht amtliche Unterlagen, Weiterbildungen und Kommunikation so weit wie möglich die Verkehrssprachen der Partnerländer verwenden, um das Wissen und den Beitrag der Ortskräfte besser zu nutzen.

Deutschland muss sich Herausforderungen stellen

Die Übertragung größerer Befugnisse an die Botschaften und die Länderbüros und die Veröffentlichung von Länderstrategien bleiben eine Herausforderung für Deutschland, würden aber zeigen, dass es die Bedarfe der Partnerländer berücksichtigt

Obwohl seit der letzten Prüfung zusätzliche BMZ-Mitarbeiter*innen in die Botschaften entsandt wurden, sind bei der – bereits in den Prüfberichten von 2010 und 2015 empfohlenen – Dezentralisierung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit wenig Fortschritte erzielt worden. Die politische Entscheidungsfindung findet im BMZ auf zentraler Ebene statt, und es gibt komplexe Kommunikations- und Feedbackschleifen mit dem deutschen Personal in den Partnerländern. Abgesehen von dem weniger formellen Austausch zwischen den vom BMZ entsandten Kräften in den deutschen Botschaften und der Zentrale des BMZ erfolgt die Berichterstattung formell auf diplomatischem Wege an das Auswärtige Amt, das dann die Informationen an das BMZ weiterleitet. Auch das Personal der GIZ und der KfW erstattet seiner jeweiligen Zentrale Bericht, die wiederum dem BMZ berichtet. Eine solche komplexe interne Organisation läuft Gefahr, übermäßig bürokratisch zu sein und hohe Transaktionskosten und Ineffizienzen zu verursachen. Das hochqualifizierte Personal, das für die GIZ und die KfW in den Partnerländern arbeitet, ist zwar eine der Stärken des deutschen Systems, es verfügt aber selten über direkte Kommunikationskanäle, um einen Beitrag zur strategischen Vision der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu leisten. Wenn die Entscheidungsfindung stärker hin zum Personal auf Länder- oder Regionalebene verlagert würde und die Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen deutschen Akteuren überdacht würde, könnten die hohen Transaktionskosten der Koordinierung gesenkt und stärkere Verknüpfungen auf der Politik- und Durchführungsebene der deutschen Entwicklungszusammenarbeit hergestellt werden. So könnte die Wirksamkeit erhöht und den Bedarfen der Partnerländer noch besser Rechnung getragen werden.

Als zweitgrößter bilateraler Geber wäre es für Deutschland von Vorteil, klar und öffentlich zu kommunizieren, welche Ziele es verfolgt und was es seinen Partnern zu bieten hat. Die Kommunikation einer klaren Vision für seine Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit – von politikbezogenen Krediten über Zuschüsse, Technische Zusammenarbeit und Capacity Building bis hin zu Instrumenten des privaten Sektors – und ein systematischer Austausch aktueller Informationen mit Partnerländern und betroffenen Akteuren würden die Transparenz und die Rechenschaftslegung gegenüber den Partnerregierungen und den Bürger*innen erhöhen. Obwohl Deutschland das EU-Mitgliedsland ist, das sich am stärksten am Joint Programming beteiligt, findet weder das EU Joint Programming und dessen Umsetzung noch die Finanzierung von multilateralen Partnern oder die Zusammenarbeit mit ihnen Ausdruck in den existierenden (unveröffentlichten) Länderstrategien und Programmdokumenten. Hier könnte das BMZ eine wichtige Rolle spielen, indem es Deutschlands gesamten Fußabdruck in den Partnerländern beschreibt, einschließlich der Beiträge an multilaterale Organisationen und das EU Joint Programming, und Deutschlands Vision und Ziele für sein Engagement in den Partnerländern sowie dessen Ergebnisse – unter Einbeziehung der Finanziellen und Technischen Zusammenarbeit – klar und transparent darlegt. Ein solches Mapping würde zudem den Partnerländern eine solide Entscheidungsgrundlage bieten, um unter den vielfältigen Instrumenten und Durchführungsorganisationen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit diejenigen auszuwählen, die mit ihren nationalen Entwicklungsplänen in Einklang stehen, und so ihre Eigenverantwortung stärken.

Empfehlungen

9. Deutschland sollte die Zahl, die Seniorität und die Kapazität der in die Botschaften entsandten BMZ-Mitarbeiter*innen erhöhen, damit sie einen größeren Beitrag zu Entscheidungen leisten und sich flexibel und effizienter in die Entwicklungszusammenarbeit auf Länderebene einbringen können.
10. Deutschland sollte in den Länderstrategien seine EZ-Ziele für die einzelnen Partnerländer darlegen und Informationen über diese Ziele zusammen mit anderen einschlägigen Informationen über die von der Bundesregierung finanzierten EZ-Aktivitäten transparent bereitstellen.

Greifen Sie auf den vollständigen Bericht zu
DAC-Prüfbericht über die Entwicklungszusammenarbeit:
Deutschland 2021 (Kurzfassung): Deutschland 2021 [https://
doi.org/10.1787/83f90077-de](https://doi.org/10.1787/83f90077-de)

